

Erfolglos im Inneren?

In meinem Buch *Meinungsmache* habe ich schon einmal unter dem Titel »Meinungsmache bestimmt das Bild der Geschichte«²⁸ belegt, dass die Kanzlerzeit Willy Brandts gerade im wirtschaftlichen Bereich eine der erfolgreichsten Perioden eines deutschen Bundeskanzlers gewesen ist. Das reale Wachstum stieg im Durchschnitt um 4,27 Prozent, mehr als bei allen nachfolgenden Bundeskanzlern. Die Arbeitslosenquote lag am Ende der Regierung bei 2,3 Prozent, niedriger als bei allen Nachfolgern. Bei Kohl und Schröder lag sie zum Beispiel bei über 11 Prozent. Der Schuldenstand des Staates betrug am Anfang der Regierungszeit Brandts 20,3 Prozent und am Ende 19,6 Prozent. Und die Lohnquote, also der Anteil der abhängig Arbeitenden am gemeinsam geschaffenen Sozialprodukt, war mit 71,4 Prozent höher als bei allen anderen.

Dieses für die Arbeitnehmerschaft erfreuliche Ergebnis wird neben einer Reihe anderer Leistungen auch von Helmut Schmidt, damals Verteidigungsminister, in einer Zwischenbilanz vom Juli 1971, also nicht einmal zwei Jahre nach Beginn der ersten Regierung Brandt, gewürdigt. Helmut Schmidt preist das hohe und erfolgreiche Reformtempo, die erreichte Vollbeschäftigung und den geringsten Preisanstieg unter allen Industriestaaten der westlichen Welt. Und dann heißt es:

»Die tariflichen Stundenverdienste in unserer Industrie stiegen um 13,7 Prozent, die Nettolöhne und -gehälter insgesamt um 14,5 Prozent! Während die Einkommen aus Kapitalvermögen und Unternehmertätigkeit um 7,5 Prozent stiegen, sind die Bruttoeinkommen

der Unselbstständigen um mehr als das Doppelte, nämlich um 17,2 Prozent angewachsen. Als Konsequenz dessen hat sich der Anteil der Löhne am Sozialprodukt, also die sogenannte Lohnquote, von 65,2 Prozent auf 67,4 Prozent erhöht; sie betrug 1960 nur 60,6 Prozent. Dies sind einmalige Fortschritte, welche unsere Wirtschaftspolitik ermöglichte. Netto und real ist die Position des Arbeitnehmers noch nie so stark verbessert worden wie gerade im Jahre 1970.

Dazu kommen die großen sozialpolitischen Fortschritte: die Dynamisierung der Kriegsofferrenten und zugleich ihre drastische Anhebung; die Verdoppelung des 312-DM-Gesetzes auf 624 DM ... , die Umstellung der Sparförderung von dem ungerechten System der Steuervergünstigungen auf das gerechtere System gleicher staatlicher Zulagen sowie die Einführung von Einkommensgrenzen; die Beseitigung der nur noch klassenpolitisch zu verstehenden Ungerechtigkeit hinsichtlich der Arbeitgeberanteile zu den Krankenversicherungsbeiträgen der meisten Angestellten; die Erhöhung des Kindergeldes für einen vergrößerten Kreis von Anspruchsberechtigten; das Ausbildungsförderungsgesetz; enorme Steigerung der Bundesausgaben für Bildung und Forschung; Erhöhung und Erweiterung der Landabgaberente; Aufhebung des Beitrags der Sozialrentner zur Krankenversicherung; Erhöhung des Wohngeldes – und schließlich, wie selbstverständlich, die Erhöhung der Sozialrenten am 1. Januar 1970 um 6,3 Prozent und am 1. Januar 1971 abermals um 5,5 Prozent.

Ich habe soeben die wichtigsten gesellschaftspolitischen Veränderungen des ersten Jahres aufgezählt, die bereits verwirklicht sind. Nicht enthalten sind die noch vor dem Abschluss stehenden Gesetzgebungsverfahren – vom Städtebauförderungsgesetz bis zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Gleichwohl ist die soziale und gesellschaftspolitische Liste des Jahres 1970 ein bedeutendes Aktivkapital in unserer Zwischenbilanz, das außer uns selbst niemand so umfassend und so schnell vorhergesehen hatte. Für mich persönlich bekenne ich, dass das Jahr 1970 meine eigenen Erwartungen übertroffen hat.«

Das ist kein Text von Willy Brandt, sondern einer seines ansonsten oft als Kritiker auftretenden Stellvertreters Helmut

HELMUT SCHMIDT
BUNDESMINISTER DER FINANZEN

AMTLICH GEHEIMGEHALTEN!

Persönlich!

An die Herren

Bundeskanzler Willy Brandt

Herbert Wehner, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Ministerpräsident Heinz Kühn

59. Ausfertigung

Liebe Freunde,

der in der letzten PV-Sitzung von Herbert Wehner gegebenen und von Willy Brandt aufgegriffenen Anregung folgend, übermittle ich Euch ein - wie gewünscht - an der Außenwirtschaft aufgehängtes Papier zu unserer gegenwärtigen ökonomischen Lage. Mir liegt daran, Euch dieses Papier noch vor dem Münstereifeler Wochenende zur Verfügung zu stellen, wo ja sicherlich auch über ökonomische Fragen gesprochen werden muß. Laßt Euch bitte von der Länge nicht erschrecken: es ist gut lesbar (weil ich es selbst geschrieben habe!). Für eine allgemeine Versendung an die Mitglieder des PV ist teilweise der Inhalt zu sensitiv; ich muß in den nächsten Tagen für die PV-Mitglieder durch Streichungen eine jugendfreie Volksausgabe daraus machen.

Die Euch hier vorgelegte vollständige Fassung ist jedoch als höchst vertrauliche Darlegung anzusehen, eine Reihe von amtlichen Erwägungen sind eingeflossen. Ich gebe je einen Abdruck des ungekürzten Papiers auch an die sozialdemokratischen Bundesminister, an Alex Möller, Herbert Ehrenberg, Andreas v. Bülow und Holger Börner; desgleichen an Karl Klasen und Horst Grabert.

- 2 -

Schmidt. Und kurz vor dem Rücktritt Brandts hat Helmut Schmidt am 15. April 1974 wie zuvor schon erwähnt einmal mehr Bilanz gezogen. In meinem Besitz ist die »59. Ausfertigung« des »AMTLICH GEHEIMGEHALTEN!« gekennzeichneten Papiers zur damaligen ökonomischen Lage.

Die hohe Zahl von Kopien spricht nicht gerade für einen besonderen Geheimhaltungswillen. Das Papier war in der Tat zugleich eine Art Befähigungsnachweis des kommenden Bundeskanzlers und deshalb durchaus für die Öffentlichkeit bestimmt. Helmut Schmidt verstand und versteht viel von Öffentlichkeitsarbeit.

Die Seiten 33 und 34 sind aktuell für heute und zugleich ein Beleg für die Aufgeklärtheit der wirtschaftspolitischen Debatte jener Zeit und den seitdem eingetretenen Verfall des Wissens:

»Die deutsche Politik der letzten Jahre war in ihrer binnenwirtschaftlichen Stabilitätswirkung durchaus international beispielhaft; dies wird auf der ganzen Welt (mit Ausnahme von Springer, Sohl [damals BDI-Präsident, d. Verf.] und Strauß etc.) auch anerkannt. Unsere »übergesunden« Exportüberschüsse sind allerdings nur die Vorderseite von Defiziten unserer Partner. [Welch ein aufgeklärter Ökonom im Vergleich zu den heutigen, d. Verf.] Wenn wir dagegen im nationalen Alleingang austerity-Politik treiben wollten, so würden wir unsere Ausfuhrüberschüsse noch mehr in die Höhe treiben. Wir brauchen deshalb eine wesentlich stärkere inländische Investition (...).«

Auf Seite 53 kommt dann ein treffendes Fazit:

»Tatsache ist, dass es Rentnern, Arbeitnehmern, Auszubildenden, Kranken und Invaliden materiell noch nie so gut ging, wie heute.«

Ich habe die Anmerkungen des Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Helmut Schmidt, zur wirtschaftspolitischen Bilanz der Regierung Brandt so ausführlich zitiert, weil diese Papiere,

obwohl sie damals allgemein bekannt waren, in den geschichtsschreibenden und geschichten-schreibenden Werken kaum vorkommen. Es passt nicht in die Linie der üblichen üblen Nachrede, Willy Brandt sei innen- und wirtschaftspolitisch nicht interessiert und außerdem erfolglos gewesen.

Wie sich allerdings die Bilanzierungsregeln auch innerhalb der sozialdemokratischen Führungen verschoben haben, will ich an einem Punkt noch sichtbar machen. Helmut Schmidt lobt und dies in vollem Einvernehmen mit Willy Brandt die Verschiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten der abhängig Arbeitenden, also die Anhebung der Lohnquote in der Regierungszeit Willy Brandts. Ein Nachfolger der beiden, Gerhard Schröder, hat sich hingegen des Ausbaus und des Aufbaus des besten Niedriglohnsektors in Europa gerühmt. Dass diese heutige Sozialdemokratie mit den Anliegen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen ihres großen Vorsitzenden Willy Brandt nicht mehr viel zu tun hat, wird daran überdeutlich. Und auch der heutige Helmut Schmidt, der die Agenda 2010 über den grünen Klee lobt und damit Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse in Kauf nimmt, hat mit dem früheren Helmut Schmidt nicht mehr viel zu tun. Leider. Das ist schade, denn er war ein guter Bundeskanzler. Meine kritischen Fragen gelten vor allem den Methoden, mit denen er die Macht erreicht hat.